

# Der Arbeiter-Wochenblatt

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Bernburgerode  
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Postporto, bei Selbstabholung 80 Pfennig. Eigentümlich halbjährlich und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Woten und Agenturen entgegen genommen. Redaktion: Halberstadt, Dombplatz 48. Fernruf 2214. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Kant Beber, G. m. b. H., Bernburgerode, für Politik u. Wirtschaft Kurt Müllersberg, für den lokalen Teil Wilhelm Rindermann, für Postamt u. Inserate Karl Zreff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Zeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Bernburgerode 16 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Bestimmungsort: Bernburgerode 50 Pfennig. Abgehoben ist der bei Zahlung vorzulegende Betrag. Für die Annahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann ein Beitrag nicht übernommen werden. Anzeigen-Aufnahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Dombplatz 48 (Fernruf Nr. 2214), Postfach 6048 Magdeburg 4626 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Bernburgerode, Burgstraße 92.

Nr. 105

Donnerstag, den 7. Mai 1931

6. Jahrgang

## Kein Reichstag.

### Der kommunistische Antrag auf sofortige Einberufung abgelehnt.

Der Kollisionsrat des Reichstags beschloss am Mittwoch, dem kommunistischen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstags nicht stattzugeben.

Die Vertreter der deutschen Nationalen und der nationalsozialistischen Fraktion waren nicht erschienen. Die Kommunisten begründeten ihren Antrag mit der Protesteinstellung und den Verträgen über bevorstehende soziale Abnahmemaßnahmen. Staatssekretär Fündebot, von einer Reichstagsüberprüfung Abstand zu nehmen. Er behauptete insbesondere, daß bisher Beschlüsse des Kabinetts über den Abbruch von sozialen Maßnahmen und die Kürzung der Beamtengehälter nicht vorliegen.

#### Von den Vertretern der Sozialdemokratischen Fraktion

wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Einberufung des Reichstags im gegenwärtigen Augenblick unmöglich ist. Sowohl Vorfragen der Reichsregierung seien dem Reichstag bisher nicht zugegangen, er könne also nur reiben und nicht handeln. Die sozialdemokratische Fraktion biete ihren ganzen Einfluß auf, um in direkten Verhandlungen mit der Reichsregierung die Interessen der werktätigen Schichten zu wahren und dafür zu sorgen, daß die Finanzkonsolidierung ohne einen Abbau der Sozialleistungen stattfinden könne. Daß die Protesteinstellung eingetreten sei, müsse als ein schwerer Fehler der Politik der Reichsregierung bezeichnet werden. Die Reichsregierung habe die gesetzliche Verpflichtung, einer Steigerung der Wertpreise vorzuziehen und die Vollverpflichtung beim Reiben durchzuführen. Die Sozialdemokratie verlange, daß die Reichsregierung diese beiden gesetzlichen Verpflichtungen erfüllt. Eine Einberufung des Reichstags im gegenwärtigen Augenblick verpöchte aber keinen Nutzen. Es komme darauf an, daß der Reichstag sofort gelöst werde und nicht erst in acht oder vierzehn Tagen nach Zusammentritt des Reichstags. Man könne zwar Zweifel haben, ob die jetzt von der Regierung eingeleiteten Maßnahmen dem Wertpreis überall wieder zum Einfluß bringen, Gesteige das in kurzer Frist nicht führe die Regierung die beiden gesetzlichen Verpflichtungen nicht durch, so behalte sich die Sozialdemokratie eine neue und andere Stellungnahme zur Einberufung des Reichstags vor. Auch die Vertreter der übrigen Parteien erklärten übereinstimmend, daß die Politik der Reichsregierung einen Stoß erhalte, wen es sich nicht gelte, die Entzung der Wertpreise zu erzwingen. Sie sprachen sich jedoch gegen die Einberufung des Reichstags im jetzigen Augenblick aus, für die sich inselgebend auch keine Mehrheit ergab.

Der Beschluß des Kollisionsrates bedeutet in keiner Weise, daß die Reichsregierung für ihre künftige Politik freier Hand erhalte. Insbesondere darf die Haltung der Sozialdemokratie nicht in dieser Weise gedeutet werden. Die Sozialdemokratie verlangt von der Reichsregierung mit allem Nachdruck die Wiederherstellung der alten Wertpreise. Obwohl nicht sicher ist, ob die bisher eingeleiteten Maßnahmen der Reichsregierung dieses Ziel erreichen werden, so wird man doch annehmen können, daß durch die schnelle etwas erreicht wird, als wenn man bis zum Zusammentritt des Reichstags warten würde, der doch frühestens in 10-14 Tagen erfolgen könnte. Haben die Maßnahmen der Regierung nicht den von ihr erwarteten Erfolg, dann ist immer noch die Möglichkeit des Zusammentritts des Reichstags gegeben, durch den dann einschneidende Handlungen zu erfolgen hätten.

Auch für die Finanzkonsolidierung ist der Reichsregierung keine Blankovollmacht erteilt. Die Sozialdemokratie stellt in diesem Zusammenhang mit allen zuständigen Stellen, um ihren Einfluß auf die künftigen von der Regierung zu treffenden Maßnahmen geltend zu machen. Von einer solchen direkten Beeinflussung der Reichsregierung ist im Augenblick ein größerer Erfolg zu erwarten als von der Einberufung des Reichstags, in der nach einer eventuellen Rückkehr der Deutschen Nationalen und der Nationalsozialisten eine große Mehrheit für alle reaktionären Anschläge auf die Arbeiterklasse vorhanden ist.

Die Sozialdemokratie kennt ihre Pflicht gegenüber den werktätigen Schichten. Sie wird sie in jeder Weise erfüllen, aber sich bei Wege und die Art und Weise dabei von den Kommunisten nach von den bürgerlichen Parteien vorzuschreiben lassen.

## Das ist alles?

Die Brauns-Kommission

hat am Mittwoch ihr zweites Zeugniskonferenzen zur Arbeitslosenfrage der Presse übergeben. Eine größere Enttäuschung als dieses Gutachten ist nicht gut denkbar. Auch die Trolenworte, die Dr. Brauns bei der Erläuterung des neuen Gutachtens sprach, ändern nichts an der niederschmetternden Laune, daß mit der Einleitung der Aufnahmestellen große Hoffnungen erreicht werden die nimmer von einer neuen Entlastung abgesehen werden. Die Gewerkschaften hatten rechtzeitig gemahnt. Sie haben leider recht behalten.

Was bringt das neue Gutachten? Die Antwort ist mit zwei Sätzen gegeben: Empfehlung von Arbeitsbeschaffung und Ausbau der Volkswirtschaften. Die Arbeitsbeschaffung soll durch Heranziehung von Auslandskapital finanziert werden — vorausgesetzt, daß es zu erträglichem Zinsfuß zu erhalten sei. Wehrliche Wege seien auch in früheren Jahren vor der Beschäftigung der Kräfte bestritten worden. Der grundlegendste Unterschied zu Günstigen der gegenwärtigen Lage beruhe auf folgenden Gesichtspunkten: Einmal würden die aus den Anleihen auszufließenden Dividenden voraussichtlich nicht wie früher sofort zur Beschäftigung einer steigenden Einfuhr, sondern bei Fortdauer der zur Zeit günstigen Zahlungsbilanz in erheblichem Maß zur Abdeckung kurzfristiger Auslandsschulden dienen können, deren gegenwärtige Höhe lähmend auf die deutsche Wirtschaft, insbesondere auf die deutsche Volkswirtschaft, wirkte. Das hindere natürlich nicht, daß der bei fortwährender Konjunktur auch der internationale Warenaustausch eine entsprechende Steigerung erfahre. Ferner falle heute sämtlich im Dienste der planmäßig eingeleiteten Arbeit der überhöhten Produktionskosten und der Tendenz der Deflation, der einer Beschäftigung der Wirtschaft bessere Aussichten biete, als sie in den vorhergehenden Jahren bestanden hätten. Die organisatorische Voraussetzung dieser Finanzierung seien in ihren Einzelheiten auszustellenden Pläne für die Durchführung von Arbeiten, die wirtschaftlich merkwürdig seien und beim Kreditgeber das nötige Vertrauen erweckten. Weitere Voraussetzungen für die Finanzierung und Durchführung einer umfassenden Arbeitsbeschaffung seien: geordnet öffentliche Finanzen, Sorgfalt bei der öffentlichen und privaten Wirtschaft und in der Lebenshaltung, Aufrechterhaltung der deutschen Währung und Beschäftigung unserer innerschulischen Beschäftigten.

Als förderungswürdige Arbeitsgebiete werden von dem Gutachten genannt: Gemeinwirtschaft, Verkehrswesen, landwirtschaftliche Meliorationen, landwirtschaftliche Gieblung und in beschränktem Umfang Wohnungswirtschaft. Die Elektrizitätswirtschaft biete z. B. durchaus Raum für weitere wirtschaftlich zweckmäßige Investitionen, ebenso seien auf dem Gebiete der Kolonialgewerbe große Entwicklungsmöglichkeiten vorhanden, da hier die Anschaffung zum Teil veraltet seien, bei der Reichsbahn bieten sich innerhalb des bestehenden Rahmens auch neben der Elektrifizierung zahlreiche andere Möglichkeiten wirtschaftlich zweckvoller Arbeitsbeschaffung. Bei der Reichspost gebe es eine Reihe von wirtschaftlich merkwürdigen Arbeiten zum Ausbau der Verkehrsleistungen, förderungswürdig sei vor allem die Verbesserung des alten Streckennetzes usw.

Die Kommission hat die Frage geprüft, wie die Mittel zur Förderung von Volkswirtschaften beschafft werden können. Die Kommission schloß den Plan der Verarmung einer Anzahl der mit nur mäßigem Erfolg der Reichsbürgerschaft über die deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG. vermindert werden soll. Wenn der Plan bis heute noch nicht habe ausgeführt werden können, ist dies auf die bedauerliche Störung des deutschen Auslandskredits infolge innerschulischer Entwidlung in Deutschland zurückzuführen. Unter den gegebenen Verhältnissen sei es als ein Erfolg anzuerkennen, daß die Gesellschaft seit ihrer Gründung ein vollständiges Programm für Volkswirtschaften in Höhe von 70 Millionen Mark in Gang gebracht habe. Davon seien nach 58 Millionen bereits für bestimmte Projekte in der Hauptstadt werdende Anlagen, bereitwillig. Am ganzen sei dadurch einschneidend der Darlehen der Länder und der Zuschüsse der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sowie der eigenen Aufwendungen der Träger ein Kredit von mehr als 250 Millionen für die werdende Arbeitsförderung innerhalb von 2 Monaten in Fluß gebracht worden.

Den Schluss des Gutachtens bildet eine Empfehlung der freiwilligen Arbeitsdienstes, der sich in zwei Formen bewerkstelligen läßt: einmal Arbeitsleistung am Unterbringungsort oder in dessen Nähe unter Fortzug der Unterfertigung und zweitens Aufnahme von zusätzlichen Aufbeiten auf dem Land durch junge Arbeitslose unter Beschäftigung zum bisherigen Arbeitsort, wobei sich gesinnungsgemäß verbundene kleine Gruppen zu Arbeitsgemeinschaften zusammenschließen könnten. Eine Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes aus öffentlichen Mitteln ist dann ausgeschlossen, wenn die Gefahr besteht, daß die Zusammenfassung solcher Arbeitsgruppen für politische oder gar staatsfeindliche Propaganda mißbraucht werde. Eine Fortführung des Arbeitslosenunterstützung für die zweite Form des Arbeitsdienstes könne mehrheitlich nicht in Betracht kommen. Arbeit aber werde geprüft werden müssen, ob die Verpflichtung des gemeinsamen Trägers für Unterhalt um zu sorgen, nicht durch Zuschüsse aus etwaigen Ersparnissen der Reichsanstalt, der Arbeitslosenfrage und der öffentlichen Arbeitsförderung erledigt werden können.

Das ist alles. Es ist wenig genug. Nachdem also der Versuch der Regierung, im Bunde mit den Arbeitgebervereinigungen die Wirtschaft in ihnen heraus — wie das folgende Schlagwort lautet — d. h. durch Lohn- und Preisabbau zu lancieren, Mißfaß gemahnt hat, kommt man wieder zur Arbeitsbeschaffung zurück. Wie die Ge-

## Beamtendebatte im Landtag

Berlin, 6. Mai. (Hg. Ver.)

Der Laie nimmt vielleicht an, wenn im Preussischen Landtag der Etat des Finanzministeriums auf der Tagesordnung steht, müsse es eine große Debatte über die Lage der Staatskassen geben. Das ist ein Irrtum: diese Ausgabe findet beim Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung statt; der Etat des Finanzministeriums ist nur die Grundlage für eine große Beamtendebatte.

Und der Laie glaubt vielleicht, wenn draußen im Lande ein Volksbegehren auf Auflösung des Preussischen Landtages stattfindet, müsse die politische Bewegung im Parlament sehr Bewegungen und lebensgefährliche Kämpfe herbeiführen. Auch das ist ein Irrtum. Wie ist es im Preussischen Landtag wieder zugegangen gegenüber der Opposition gegen das Kabinett Braun ist jegliches Angriffsmaterial abhandeln gekommen und alle Angriffsliste verloren gegangen. Die Gegenberatung löst überdies schnell ihrem Ende entgegen. Wie hat man z. B. beim Etat des Preussischen Ministerpräsidenten wie in diesem Jahr in der genannten Ausgabe kaum einen einzigen Vorwurf gegen den Ministerpräsidenten gehört: ein paar neugierige Zusammenfassende Dinge aus dem Bereich der inneren Verwaltung, des Finanzministeriums und der Schule mußten dazu herhalten, eine Debatte zu betreiben, die trägt dahinschlief, wie ein Wind im Sommer.

Nicht anders war es am Mittwoch bei der Beratung des Etats des Finanzministeriums und einer Beamtendebatte. Der Deutschnationale Kur für die Wirtschaftspartei Sellenecht und der Landvolkmann und Stahlhelfer Keller betonen ihre alten Sprüche ab, der Beamtensapparat sei inflationistisch ausgeartet, die Beamten leisteten keine produktive Arbeit, das Verhältnis zwischen dem Beamtensapparat und der Beamtenschaft fehre sich deshalb nach dem Kaiser zurück. Die Redner der Regierungsparteien verblühten Beamtenschaft und Beamtendebatte gegen die leichtfertige Beamtendebatte. Das Sondercaro an dieser Auseinandersetzung ist, daß diejenigen Parteien der Rechten, die einen großen Teil ihrer Wählerfolge für ihre populären Beamtendebatte verdanken, sich zu gleich als die großen Beamteneindeuler aufspielen und zahlreiche Beamtentimmen einbringen. — Auch einer der zahlreichen Beweise dafür, daß die politische Erziehung des deutschen Volkes noch längst nicht durchgedrungen ist.

Der einzige, der in dieser Debatte etwas Neues zu sagen wußte, war der

sozialdemokratische Abgeordnete Simon-Neuß. Er führte als das Gelehrte der Beginn der der „Falterkrise“ aus, daß diejenigen Volksschichten, die sich zur stärksten Kräfte Partei der Sozialdemokratie bekennen, bei weitem noch nicht im entsprechenden Maße an der Verwaltung des Staates beteiligt seien. Vor dem Kriege seien von 423 Landräten 238 abgig, alle aber konservativ gewesen, während jetzt von 400 Landräten nur 65 Sozialdemokraten seien. Auch in den Ministerien, z. B. in der bedeutendsten

Gruppe der oberen Beamten, bekannten sich nur wenige zur SPD. Die eigentlichen Befehlshaber der Ministerien sind die Repräsentanten, die Ministerialräte, Oberregierungsräte und Regierungsräte. Wer diese höchsten Stellen besetzt, der hat die Herrschaft über die Amtsgeschäfte. Ministerien diese „Reformkommission der Verwaltungskommission“ zusammengefaßt: es sitzen in diesen Zentralstellen am laufenden Band stark herausgehobenen mittleren Beamten, und von diesen einflussreichen Köpfen hat die Sozialdemokratie noch nirgends auch nur 2 Prozent. Damit vergleiche man das Riesengeld für die Arbeitsbeschaffung.

Schließlich wurde der Etat des Finanzministeriums erledigt, ebenso in dritter Lesung ohne Debatte das Dikrentungssteuergesetz und die Verlängerung der Wohnungsgesetzes bis 1935. Der Landtag hat dann noch in die zweite Lesung der Reformvorlage über das Polizeirecht ein. Obwohl es sich dabei durchaus um kein politisches Problem, sondern lediglich um eine moderne und praktische Verwaltungsreform handelt, gegen unter Führung des Quertypes von Cymern die verschiedenen Oppositionsparteien schwarz-weiß-rot-front wieder mit der Opposition. Dabei hätten sie allein aus dem Bericht des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Hamburger, der in einschlägigen Ausführungen die ganze Materie klar und ersichtlich darlegt, unendlich viel lernen können.

Die Debatte wird am Donnerstag fortgesetzt.

## Unsere Richter.

Wenn sie über Reichsbannerleute und Stahlhelfer zu urteilen haben.

Biel, 6. Mai. (Hg. Draht). In Biel wurden zwei Reichsbannerleute wegen Landfriedensbruchs zu je drei Monaten Gefängnis und zwei zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Ein Stahlhelfer erhielt in dem gleichen Prozeß ebenfalls 14 Tage Gefängnis.

Gelegentlich eines Wortwechsels zwischen Reichsbannerleuten und Stahlhelfern, die sich mit Waffen auf dem Weg nach Biel befanden, kam es am 28. Februar in Biel zu einem Schießerei. Angreifer waren die Stahlhelfer, die mit Stielrevolvern, bis mit freien Geschossen beslagener waren, auf die Reichsbannerleute einzuwirken. Es gab mehrere Schwerverletzte. Ertranken die Zeugnisausgaben ergaben, daß die Stahlhelfer mit den Beschuldigten und Täglichkeiten begannen hatten, beantragte der Staatsanwalt gegen die Reichsbannerleute Gefängnisstrafen von neun bis drei Monaten, jedoch gegen den Stahlhelfer wegen einfacher Körperverletzung drei Tage Gefängnis.

Das Urteil hat unter den Republikanern der Provinz Schlesiens großes Entsetzen hervorgerufen.



## Die Revolution in Honduras.



General Gregorio Ferrera

gilt als Führer der neuen Revoluze in Honduras. Schon bei der Revolution von 1924 fand General Ferrera als Führer der liberalen Unabhängigen Partei an hervorragender Stelle.

## Kapitalistischer Widersinn.

Das Beispiel mit dem Kaffee.

An der sozialistischen Kritik an der kapitalistischen Wirtschaft spielt seit langem die Geschichte der Verwertung von Kaffee ins Meer eine Rolle. Oft wurde Kaffee ins Meer verwerfen, um die Preise zu klagen.

Die Ueberfülle des erzeugten Kaffees macht den Kaffeeproduzierenden Ländern, in erster Linie Brasilien, auch gegenwärtig wieder die schwersten Sorgen. Obwohl die Kaffeepreise katastrophal gesunken sind — der Kaffee kostet heute auf dem Weltmarkt nur noch ein Drittel dessen, was er im Februar 1929 gestohlet hat —, ist Brasilien immer auf Vorräten von etwa 20 Millionen Sack fest, die nicht bei den heutigen Kaffeepreisen noch einen Wert von 600 Millionen Mark repräsentieren. Vorläufig besteht keine Aussicht, daß diese Vorräte neben der laufenden Produktion verkauft werden können. Deshalb sind die großen Kaffeeproduzierenden Provinzen Brasiliens zu dem echt kapitalistischen Ausweg geschritten, die Kaffeereste planmäßig zu vernichten. Sie haben untereinander eine Vereinbarung über die Schaffung eines Kaffeerausfuhrzoll getroffen, dessen Ertrag dazu dienen soll, die unveräußerlichen Vorräte anzukaufen und zu vernichten. Der Zoll beträgt etwa ein Drittel des heutigen Kaffeepreises, so daß aus seinem Ertrag jährlich Vorräte in Höhe von etwa 30 Prozent der laufenden Produktion vernichtet werden können. Dieser Kaffeerausfuhrzoll ist wohl das beste Schuldspiel für die Weltwirtschaft, die sich aus der kapitalistischen „Ordnung“ der Wirtschaft ergeben.

## „Heldenblut“ bei der Heldenrolle.

München, 6. Mai. (Eig. Draht). Die Einweihung der sogenannten Heldenrolle in der Ertraler Grenzstadt Kufstein wurde zu einer reaktionären republikfeindlichen Parade mißbraucht, bei der die uniformierten Wehrverbände aus Österreich und Deutschland den Ton gaben. Kröpfen nahmen an der Barockhaltung aus Vertreter des Reiches teil. Die Republikaner Münchens haben deshalb einen scharfen Protest an die Reichsregierung gerichtet.

Im Kufstein demonstrierten der Stahlhelm, der mit Sautaus etwa 400 Mann geföhrt hatte, Totenschüler aller Schattierungen von Bund Oberland, der Seimweiber und schließlich auch Jungdo-Reute. Zementpresend war auch die Verlegung, Vom Turm der freie Geroldsberg, in der die Orgel eingebaut ist, welche die sog. „Szweige“ töhnte. Weder die österreichische Fahne noch die der deutschen Republik war zu sehen. Am Festungsturm, wo der erste schiffliche Einweihungsakt stattfand, trug der Fahnenmast ebenfalls die Hohezeichenfarben, dann erst folgten die bayerischen und die Ertraler Landesfarben und die österreichischen Bundesfarben. Schwarzeigold war auch hier nicht zu sehen. Ebenso zeigte der Hesselball die Farben der Republik nicht. Nur aus einer rüdemdrigen Dute des Turmes hing behelnden ein schwarzrotgoldenes Fahnenstück. Das empörende aber war, daß bei dieser monarchistischen Festparade Vertreter der deutschen Wehrmacht, der Gelände der deutschen Republik in Wien, Dr. Riech, und ein bauerlicher Minister eine offizielle Rolle spielten. Ob Verhalten widerspricht der Anordnung der Reichsregierung vom April 1929, in der es heißt: „Vertreter von Reichsbehörden dürfen an Veranstaltungen, bei denen flaggenhünd verdammt wird oder wenn dann teilnehmen, wenn die Reichsbehörden an hervorragender Stelle gezeigt werden und ihnen überhaupt ein angemessener und würdiger Anteil an dem flaggenhünd eingeräumt wird.“

Der deutsche Gelände in Wien Dr. Riech hat erst vor wenigen Tagen sein Amt in Wien angetreten. Der Herr fängt gut an.

## Ueberführt.

Die Berliner Polizei hat dieser Tage einen Georg Kieczewski als den Draufgänger der Krawalle in der Leipziger Straße anlässlich der Eröffnung des Reichstages am 13. Oktober festgeföhrt und verurteilt. Der Meinung über die Verhaftung wurde hinzugefügt, daß Kieczewski Mitglied der Nationalsozialistischen Partei sei. Sofort befolgt die Reichsleitung der NSDAP, daß der Verhaftete einflussreiches Mitglied sei. Es geht innerhalb der NSDAP nicht einmal ein Mitglied mit einem ähnlich klingenden Namen. Diese Behauptung wird heute in dem Organ des aus der NSDAP hinausgemordenen Hauptmanns A. D. Stennes als das Charakteristik, was sie ist: Eine unvorstellbare Lüge. Kieczewski ist nicht nur in den Jahren 1926 bis 1927 für die NSDAP tätig gewesen, und habe später nicht nur gegen Gehalt als Gauungsleiter gearbeitet, sondern habe zuletzt auch als Sturmführer des Sturmes 15 gewöhrt. Er sei dann aus der SW ausgeföhrt, aber bis heute noch Mitglied der NSDAP. Daraus ergibt man, was von Nazi-Behauptungen zu halten ist.

## Die Vorführung der SPD.

Köln, 6. Mai. (Eig. Draht). Die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ berichtet, daß das gesamte nationalsozialistische Sturmbanner in Köln, wenn es hoch kommt, heute gerade noch 100—120 Leute auf die Beine zu bringen vermag. Vom Sturm 23 seien in den letzten Tagen ein Dutzend SW-Deute zur SPD übergetreten. Das gleiche Bild sei bei den Stürmen Nr. 13, 32 und 37 zu beobachten.

## Rüftet ab.

Die Kinder der Welt als Symbol.

London, 6. Mai. (Eig. Draht). Ein in England seit einiger Zeit zirkulierender Kuflu für Entwaffnung und Abrüftung hat bisher 24 000 Unterschriften gefunden. Auch Außenminister Henderson hat ihn unterschrieben und gleichzeitig eine Kundgebung beigestiftet, in der die Bevölkerung aufgefordert wird, mit aller Kraft im Sinne des Kuflures tätig zu sein.

Am 18. Mai werden in Washington und London zu gleicher Zeit ein amerikanisches und ein englisches Kind durch Radio für den Frieden werden. Diese Worte an die Jugend und an alle Mütter sollen durch die internationalen Sender verbreitet werden. Außerdem ist in London auf den 11. Juni eine große Abrüstungskonferenz festgesetzt, in der die Führer der großen englischen Parteien, Macdonald, Lloyd George und Baldwin, sprechen werden.

## Der Kirchenvertrag.

Am Montag, den 11. Mai, erfolgt im Sitzungssaal des preussischen Staatsministeriums zu Berlin die feierliche Unterzeichnung des zwischen dem preussischen Staat und den acht evangelischen Landeskirchen abgeschlossenen Kirchenvertrages. Für Preußen werden Ministerpräsident Dr. Braun und Kultusminister Dr. Grimme den Vertrag unterzeichnen, für die evangelische Kirche der altpreussischen Union vorausträglich der Vorgesetzte des Kirchenrats Dr. Binzler und der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats, Dr. Papier. Weiter wird der Vertrag nach die Interessen der Führer der kleineren Landeskirchen erhalten. Unmittelbar nach vollzogener Unterzeichnung dürfte der Vertragensumme dem preussischen Staatsrat zugehen und bei dieser Gelegenheit zum ersten Male in seinem authentischen Wortlaut in der Öffentlichkeit bekannt werden.

## Die Madeira-Dyrette.

Lissabon, 6. Mai. (Eig. Draht). Die zur Unterdrückung der Aufstandsbeziehung nach Madeira ent sandten Kriegsschiffe haben den Befehl erhalten, sofort in ihre Heimat Häfen zurückzukehren, weil die „Revolution“ zu Ende ist. 45 Führer der Aufständischen in Madeira sind auf den in der Nähe der Küste stationierten britischen Dampfer „Curien“ geföhrt und weigern sich, an Land zu gehen. Die englische Regierung ist bereits mit Portugal in Verhandlungen über das fernere Schicksal der Flüchtlinge eingetreten. Falls sie nicht anmellet werden, wollen sie auf die kanarischen Inseln gebracht werden.

Der weltbekannte Landtag stimmte am Mittwoch mit allen Stimmen außer denen der Kommunisten einen von den bürgerlichen Parteien gestellten Antrag zu. Bei der Reichsregierung nachdrücklich dahin zu wirken, daß sobald wie möglich die Revision des Youngplans eingeleitet wird, um dem deutschen Reich seine volle Unabhängigkeit wieder zurückzugeben und die unter deutsche Volkstribute in gleicher Weise wie die Weltwirtschaft zehrenden Kriegstribute zu beseitigen. Vor der Abstimmung erklärte der Abgeordnete Keil für die sozialdemokratische Fraktion, daß sich seine Freunde die Begründung der Antragsteller nicht zu einer modernen können, sie aber demnach dem Antrag zustimmen, nachdem er durch die Einlegung der Botte, sobald wie möglich für die deutsche Außenpolitik unschädlich gemacht worden sei.

Die „Rote Fahne“ verlor. Der Berliner Polizeipräsident hat die „Rote Fahne“ am Mittwoch auf 14 Tage verboten. Das Verbot erfolgte wegen eines in der Mittwochausgabe des Blattes enthaltenen Artikels, in dem Jahre Verbot des Roten Frontkämpfers-Bundes“, in dem die republikanische Staatsform beschimpft und verächtlich gemacht wird.

Die Zahl der unterföhrt Arbeitslosen in Frankreich ist nach der amtlichen Statistik in der Woche vom 18. bis 25. April von 50 537 auf 49 958 Personen gesunken.

## Aus aller Welt

Der abgestürzte Flieger-Millionär.



Commander Glen Kilbon (links) und sein Begleiter.

Bei einem Flugunfall in Natal (Südafrika) stürzte der berühmte englische Fliegermillionär Glen Kilbon, der erst vor wenigen Wochen durch einen Flug London-Kapstadt einen neuen Rekord aufgestellt hatte, samt seinem Begleiter tödlich ab.

Auf Grube Schwelmer-Referat wurden wieder acht Sprengpatronen und 85 Ründstapeln gefunden. Das Material stammt aus dem Jahre 1925.

Neues Krebs-Heilmittel. Der „Daily Herald“ weist auf einem großen Fortschritt in der Krebsforschung und der Krebsheilung zu weisen, der von einem jungen englischen medizinischen Wissenschaftler und einem holländischen Arzt ergibt wurde. Beide sind zu dem Ergebnis gekommen, daß der Krebs eine Erkrankung des Blutes ist. Der englische Entdecker behandelte in drei Londoner Hospitälern seit sechs Monaten Krebskranke durch ein aus einer halbdünnen gemommenen Präparat; die die Wirkung verfolgenden Sachverständigen haben der Behandlung bisher großen Beifall gezeigt und sind über die erzielten Erfolge außerordentlich befriedigt. Der holländische Arzt stellt kein Heilpräparat auf technischen Wege her und soll ebenfalls die besten Ergebnisse erzielt haben. Einflüssen sollen die Namen der Entdecker veröffentlichen bleiben.

450 Arbeiter verbrannt. In Besenitz (Ungarn) brach am Mittwoch gegen 11 Uhr in einer Brauereifabrik ein Großfeuer aus. Es verbrannten rund 450 Pfaffen. Das Feuer ist wahrscheinlich durch Ueberlaufen von kochendem Wein aus einem Weimosen entstanden.

## Ein eigenartiges Flugzeugunglück.



Zwangsweiliger Flugzeuglandung in einem See bei Newporf.

Bei einem Schußfliegen in Roosevelt-Feld bei Newporf verlor ein Pilot die Herrschaft über seine Maschine und stürzte ab. Der Pilot konnte sich mit seinem Fallschirm retten, während das Flugzeug metterling und schließlich in einem See „landete“.

## Der Briefträger-Mörder verhaftet.

Auf der Jagd in Genua.

Genua, 7. Mai. (Eig.). Der Berliner Briefträgermörder Reins ist am Mittwoch gegen 21 Uhr hier verhaftet worden. Reins brach bei der Festnahme völlig aufzukommen. Er dürfte schon in den nächsten Tagen an Deutschland ausgeliefert werden.

Die Festnahme erfolgte nach dem insbesondere die italienische Grenzpolizei von der Kriminalabteilung des Berliner Polizeipräsidenten am Mittwoch nochmals telegraphisch auf die Möglichkeit aufmerksam gemacht wurde, daß Reins den Weg seiner Flucht über die Schweiz nach Italien genommen habe. Diese Vermutung hat sich als berechtigt erwiesen. Reins ist über Treviso nach Varenna eingereiht.

Am Mittwoch ist auch die Mutter des Berliner Briefträgermörders festgenommen worden. Die Festnahme erfolgte, nachdem durch Briefe der flüchtigen Schwelmer des Reins, die durch Jagd in den Besitz der Polizei gelangt sind, festgesetzt wurde, daß die Mutter mindestens von dem Mordplan und über den Weg ihrer Kinder unterrichtet war. Durch die Festnahme löst zunächst vor allem Verbindert werden, daß Frau Reins ihre Kinder durch Briefe oder irgendeiner Mitteilung warnt.

Die in dem Besitz der Polizei gelangten Briefe der Schwelmer des Reins, die dem Mörder bereits zum Verhältnis genommen sind, wurden am 4. Mai zwischen 13 und 14 Uhr in Ingenu aufgegeben und befristigt den Verdacht, daß Reins und seine Schwelmer sich auf der Flucht nach dem Süden befinden.

Auch die Schwelmer verhaftet.

Genua, 7. Mai. (Eig.) Mit dem Gelobtriebträger-Mörder Reins, der sich in Genua unter dem Namen Ernst Rens aufhielt, sind am Mittwoch abend auch die beiden Schwelmer des Mörders verhaftet worden. Reins und seine Schwelmer wohnen im Hotel Excelsior. In Ingenu hatte sich Reins von seinen Schwelmer getrennt. Sie trafen aber gegen am nächsten Tage in Genua wieder aufzukommen.

Banditenüberfall. In Newporf bei Kottowitz drangen drei Banditen mit vorgehaltenem Revolver in die Geschäftsräume einer Bankfiliale ein, hielten Personal und Publikum in Schach und plünderten die Kasse, wobei ihnen allerdings nur 3500 Mark in die Hände fielen. Die Verbrecher entkamen in einem Auto.

## Letzte Nachrichten

(Eigene Samt- und Druckberichte)

Schwere Ausschreitungen in Berlin.

Berlin, 7. Mai. (Eig. Funkm.). Am Morgen Berlins 'am es am Mittwoch abend im Verlauf großer kommunistischer Demonstrationen zu schweren Ausschreitungen. Als die Polizei eintrifft, um die Demonstranten auseinanderzutreiben, stürzen sich mehrere Teilnehmer auf die Beamten und greifen sie tödlich an. Zwei Beamte wurden schwer verletzt und mußten ins Krankenhaus geschickt werden. In Neußilin kam es ebenfalls an verschiedenen Stellen zu Zusammenföhren mit der Polizei. Als die Polizei gegen die Demonstranten vorgeht, wurde sie mit einem Steinregen empfangen. Mehrere Demonstranten wurden zwanngesesselt. Am Hohenofen-terplatz nahm die Polizei ebenfalls mehrere Personen fest. Vor dem Rathaus in Neußilin überfielen die Demonstranten einen Zeitungsverkaüfer und einen Postmann, die beide verletzten. An der Ecke Bad- und Hochstraße erlitt ein Polizeibeamter, der gegen kommunistische Demonstranten vorgehen wollte, eine schwere Kopfverletzung, die seine Ueberführung ins Krankenhaus erforderlich machte.

Waffenfund in Oberkissen.

Breslau, 7. Mai. (Eig. Funkm.). Auf einem Rittergut bei Konitz im oberföhren Kreis Kreutzburg hat die Kriminalpolizei ein Waffenlager ausgehoben und u. a. 90 gebrauchsfähige Stielhandgranaten beschlagnahmt. Der Besitzer des Rittergutes, ein Herr von Sudthim, verurteilte sich der Polizei gegenüber mit der Behauptung zu erklären, daß er persönlich von den Waffen nichts gewußt habe. Sie stammen aller Wahrscheinlichkeit aus der Zeit der oberföhren Aufstände. Die Polizei ist zunächst nicht geneigt, den Angaben des nationalsozialistischen Rittergutsbesitzers glauben zu schenken. Die Ermittlungen sind vorläufig noch nicht abgeschlossen.

Deutsche Polizeibeamte besuchen Frankreich.

Paris, 7. Mai. (Eig. Funkm.). Eine Abordnung von 50 Schupo-Beamten aus Weiddeutshland ist am Mittwoch abend von Reims kommend, wo sie von der Stadtverordnetenversammlung im Rathaus empfangen worden war, in Paris eingetroffen. Die deutschen Polizeibeamten reifen nach einer Beschäftigung der Kolonialausstellung nach Tours weiter.

Arbeitskämpfe in Amerika.

Newporf, 7. Mai. (Eig. Draht). Am Grubenbesitz Harbin (Kentucky) kam es zu blutigen Kämpfen erwerbsloser Bergarbeiter und Gendarmen. 14 Personen wurden getötet und zahlreiche verwundet.







Krise der Erholungsfürsorge?

Die kritische Finanzlage der Kommunen zieht sich naturgemäß auch in einer Beschränkung der Mittel für Wohlfahrtsmaßnahmen aus oder zum mindesten jedenfalls in Lemberlungen, wie man die Wohlfahrtsstellen vermindern kann. In medizinischen Kreisen spricht man deshalb von einer gewissen Krise der Erholungsfürsorge, über die sich der Stadtmagisterrat Dr. B. sagen lässt, ausführend überführt. Er wies darauf hin, daß schon in den Jahren 1924 und 1925 im Rheinland unter den Fürsorgeeltern eine starke Bewegung für die Bevorzugung ärztlicher Kuren gegenüber den Verpflegungsturen sich bemerkbar machte. Aber während man noch über diese Fragen diskutiert, zeigte sich auf den wissenschaftlichen Tagungen besonders der deutschen Vereinigung für Säuglings- und Kleintinderpflege wieder eine Bewegung, die die Bedeutung der Verpflegung in den Vordergrund stellt. Um diesen Meinungswechsel und seine Schwankungen zu erklären, weist Dr. B. darauf hin, daß der Gesundheitszustand der Bevölkerung sich gegenüber der Nachkriegszeit bedeutend gebessert hat, ja, daß er den Stand der Vorkriegszeit überholt hat. Inzwischen hat die Winter 1930-31 der Gesundheit der Erwerbslosen Kinder einen neuen schweren Stoß verleht. Bis zu einem gewissen Grade könnte man so von der Bedeutung einer Einschränkung der Erholungsfürsorge reden, soweit die Kinder dabei nicht mehr nötig haben.

Kurz nach dem Kriege kam es vor allen Dingen darauf an, möglichst viele Kinder zur Erholung wegzuführen, da eben fast alle dringend erholungsbedürftig waren. Heute liegen die Verhältnisse wieder etwas anders. Es handelt sich nicht mehr nur darum, den Kindern gute Luft, Saubereit und besseres Essen zu verschaffen, sondern die Erholungsfürsorge muß ihren besonderen Schichten angepaßt werden, sie muß sich aus einer sozialhygienischen Maßnahme zu einer klinischen Methode entwickeln. Für die Zukunft der unter diesem Gesichtspunkt erholungsbedürftigen Kinder gilt folgende Gruppeneinteilung: 1. körperlich gesunde Kinder mit schiefen häuslichen Verhältnissen, 2. körperlich minderwertige Kinder, 3. entzündungsgefährdete durch Krankheiten insbesondere Rachitis gefährdete Kinder, 4. körperlich wertvolle Kinder mit tuberkulösen Infektionen oder den Folgen von Infektionskrankheiten und 5. ausgesprochen tranke Kinder.

Nach diesen Gesichtspunkten müssen die verschiedenen Arten der Erholung von kurzen oder langdauernden Kuren, von Kuren in Solbädern oder im Mittellagebistlima oder schließlich von Kuren in ärztlich geleiteten Anstalten ausgemittelt werden. Dr. B. sagt in der Ansicht, daß es nicht richtig ist, wenn man versucht, die etwa erzwingenden Einschränkungen der Erholungsfürsorge mit der Heberfähigkeit derselben zu motivieren. Besonders gefährlich sei vor allem die populäre Tendenz, sich die Verpflegung der Verpflegung die Zahl der zu verhörenden. Man hat in den Kreisen die Verpflegung meist den Wunsch, die bisherige Zahl von Kindern zu verpacken, aber dafür weniger auszugeben. So fallen denn in erster Linie die teuren, das heißt die guten Heime fort. Weite Reisen und lange Kurdauer kosten Geld, und so wird die nähere Umgebung und eine kürzere Erholung bevorzugt. Aber alle diese Maßnahmen schädigen alle diejenigen Kinder, die einer besonders auf ihre Bedürfnisse eingetretene Hilfe haben müssen. Man erfüllt zwar die von den Aufwachen einer großzügigen Fürsorge, aber auf Kosten der Spezialfürsorge für wirklich schiedliche Kinder. Das aber bedeutet einen öffentlichen Vorfahrt und eine starke Sparpolitik ist vom ärztlichen Gesichtspunkt aus als grundsätzlich zu befehlen.

Der Sozialismus und die Frauen.

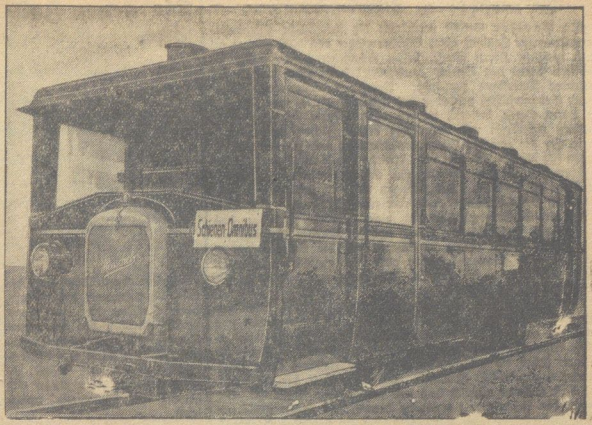
Drei neue Schriften der Sozialdemokratie.

Die Zahl der Frauen, die nicht den Mut oder die Kraft haben, sich mit der Wirklichkeit auseinanderzusetzen, ist leider noch immer sehr groß. Die Sorgen des Alltags drücken schwer, beugen den Rücken, machen den Geist wie den Körper milde. Die Hoft der täglichen Berufsarbeit wandt die Befragung; das Tempo des laufenden Bandes hat den ganzen Menschen durchdrungen; es fehlt ihm durch Frauen nicht vertragen, wenn sie nicht die Kraft finden, sich gegen diesen Strom zu hehmen, der sie mitreißt und verführt. Aber die Frau, die sich in dieses Schicksal ergibt, opfert nicht nur sich selber auf; sie gibt auch ihre Familie, die Gegenwart und Zukunft ihrer Kinder preis. Die Frau, die sich mit klugigen Filmen und verlogenen Romanen den grauen Alltag verhängen will, darf sich nicht wundern, wenn sie den Blick für die Wirklichkeit verliert und eines Tages dem Leben ohne Rat und Hilfe gegenübersteht.

Die sozialistische Frau weiß, daß sie erst dann verloren ist, wenn sie Verzweiflung und Mitleidigkeit die Herrschaft über sich gewinnen läßt; sie weiß, daß der Sozialismus ihr den einzigen Ausweg aus einem unangenehmen Dasein zeigt; daß sie aber sich und den ihren und der Menschheit diesen Ausweg nur erreichen kann, wenn sie alle Kräfte dafür anspannt. Es gibt, alle jene, die mutlos und wenig abwärts sehen, auszuführen und als Mitstreifer in der Kampf zu werden. Er ist es nicht leicht, diese Frauen zum klaren Durchdenken ihres Lebenszustandes und zum Erfassen wirtschaftlicher Zusammenhänge zu bringen. Drei kleine Heftchen, die die Sozialdemokratische Partei lesen zur Frauenwerbung herausgab, können das nötige Hilfe leisten.

„Wertvoller Dir das Leben?“ fragt das erste, Es zeigt, wie die Preise der Wohnungen, der Lebensmittel, der Bedarfsartikel ebenso wie die Höhe der Löhne in der heutigen kapitalistischen Wirtschaft von einem Faktor ausschlaggebend bestimmt werden; dem räuberischen Kapitalisten des Kapitalisten. Das zweite Heftchen mit dem Titel „Was geht Dich der Marxismus an?“ führt dabei weiter. Der Erkenntnis von Karl Marx, daß erst durch eine neue, sozialistische Gesellschaftsordnung die Profitgier des Kapitalismus ausgefacht werden kann, wird hier ganz kurz und sehr verständlich dargelegt. Weshalb die Frau an diesem Wert teilnehmen muß? Es mag noch Frauen geben, die solche naive Frage stellen. Ihnen wird die Antwort? weil die Frau ebenso wie der Mann im Lebenskampf steht. Heute arbeiten in Deutschland über 1½ Millionen Frauen beruflich, davon sind 8½ Millionen über 20 Jahre alt und ledig, verheiratet oder geschieden. Und die Frau, die „mit“ Hausfrau und Mutter ist? Die Mutter entscheidet: Krieg oder Frieden?, fragt das dritte Heft. Der Krieg hat die unendlichen Kinder hungern und vertümmeln lassen, hat die Söhne auf dem Schlachtfeld zerissen und verblüht, die Frauen zu Witwen gemacht. Es gibt nur eine Sicherung dagegen, daß dieses Grauen sich wiederholt: Schule, Gemeinde und Staat dem

Der Schienen-autobus



selbst auf einzelnen Strecken der Reichsbahn als regelmäßiges Verkehrsmittel eingeführt werden. Der Wagen, der mit zwei verkehrsartigen Abfertigungen ausgestattet ist, kann sowohl auf Schienen wie auf Straßen fahren und soll zunächst auf der Strecke Buppertal-Cronenberg verkehren.

Geist des Friedens zu öffnen, durch die tatkräftige Mithilfe der Frauen, der Mütter.

Die drei Heftchen sind recht geeignet. Verständnis für Sinn und Aufgaben der Sozialdemokratie in weite Kreise zu tragen. Jede der kleinen Schriften ist 8 Seiten stark und mit einer Illustration versehen. Der Preis beträgt pro Stück 5 Pf. Unsere Volksbuchhandlung hat die Schriften vorrätig.

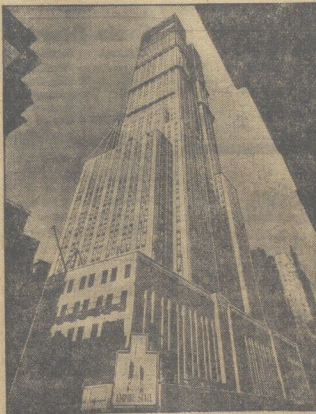
Vermischtes

Acht Jahre Zuchthaus für Urban.

In dem Prozeß gegen den Kritiker Karl Urban, der am 20. Jan. 1931 den Geschäftsführer Schmoller von Mercedes-Palast in Berlin verurteilt wurde, wurde der Angeklagte vom Landgericht beim Landgericht II in Berlin wegen Zuchthaus in Tateinheit mit unerlaubter Waffenspezifisch zu acht Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrenverlust verurteilt.

In der Urteilsbegründung führte Landgerichtsdirektor Sachs aus: Es ist erwiesen, daß der Angeklagte den Geschäftsführer Schmoller getötet hat, aber es ist nicht erwiesen, daß er von dem auf den Zuchthausentscheidenden Geld etwas raubte. Tatsächlich fehlten 200 M., aber hier kann möglicherweise auch eine zweite Person als Dieb in Frage kommen. In sich war allerdings ein überlegter Raubmord vorbereitet. Es ist aber unmöglich, daß der Angeklagte in dem Augenblick, als er statt des erwarteten früheren Geschäftsführers Silbermann den ihm bisher unbekannten Direktor Schmoller antraf, vollkommen aus der Fassung gebracht war und ohne gewöhnliche Arbeit und Lemberlegung im Affekt handelte. Aus diesem Grunde erkannte das Gericht auf Zuchthaus, obwohl eine ursprüngliche Mordabsicht vorliegen war. Von der Raubabsicht kann Urban möglicherweise freiwillig zurückgetreten sein; durch das Verhalten Urbans nach der Tat ist eine Schuld in dieser Hinsicht nicht erweisbar. Angesichts der durchaus ruhigen Natur des Angeklagten und im Hinblick auf mehrere erhebliche Vorfälle hat das Gericht nicht in der Lage, mildernde Umstände zu gewähren.

Der höchste Wolkenkrager der Welt.



Das Empire State Building in Newyork.

das mit 86 Stodwernen 415 Meter hoch in den Himmel ragt und das höchste Bauwerk der Welt darstellt, wurde durch Präsident Hoover feierlich eröffnet, der von Washington einen elektrischen Kontakt auslöste, worauf sich sämtliche Zären des Gebäudes öffneten.

Traglicher Traum. In Kraschewsk (Sugulamilien) erfolch ein Landwirt im Traum seine Frau. Er hatte geträumt, daß er von seinen Gläubigern bedröht würde und sich mit Waffengewalt wehren müßte.

Das völkische Rassenzuchtdorf.

Herr Rojenberg, der in seinem Buch „Der Mythus des 20. Jahrhunderts“ den Gehanten der Biologie vertreten hat, findet der Bestfall eines völkischen Namens Dr. Henrich, der in der Zeitschrift „Der Hammer“ das folgende schreibt: „Dabei man das, was Rojenberg vorgezogen hatte, das Genetische, was vom Standpunkt einer reinen Männlichkeit zu sagen war, wobei ich noch bemerke, daß ich auch die Vermehrung Rojenbergs in betref der Einde durchaus billige. Kein vernünftiger Mensch wird äußerliche Veranfachungen in ein modernes Babel, also in die Stabkultur verlegen, sie kommt nur für ländliche Referate nach Art der Mitgaris-Därzer in Frage.“

Wenn die Herren vom Hutentzug sich für die Höherzucht ihrer Rasse auf die reife Männlichkeit Goebbles verlassen würden, so würden sie verlassen sein, selbst wenn man ihn mit einer multirenenhaften blonden deutschen Jungfrau unter besonderen Rautein paaren würde.

Zeppelin am Nordpol! Am Mittwoch wurde in München der Vertrag über das Zutunntreffen des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ und des Unterseebootes „Rautilus“ des Polarforschers Wilfried Untermyer. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ und das Unterseeboot „Rautilus“ werden nach in diesem Sommer im Verlauf der Antarktischen Expedition mit dem Kommando von Wilhelm Rindorf heisst, dem Chef der amerikanischen Heerfl-Brosie, finanziert. Der Spezialmed des Zeppelinfahrt nach dem Pol ist die Krönung der Frage, ob ein Luftschiff überhaupt geeignet ist, Mitglieder von Fortzugsexpeditionen in der Arktis zu landen, wieder aufzunehmen und zu laden. Einmaljährlich der Befugung werden etwa 45 Personen, unter ihnen acht oder neun prominente Wissenschaftler, an Bord des „Graf Zeppelin“ an der Fahrt teilnehmen. Starten wird das Luftschiff von seiner Basis, dem Franz Josephs-Land aus, wenn der „Rautilus“ etwa zwei Tage vom Pol entfernt ist.

„Amel“ im schmalzigen Ton eines echten Scindromans legt uns der „völkische Beobachter“ des Herrn Hiltel das folgende vor: „Reiz und Arbeiter sprechen diesen Abend im größten Saal Münchens unter dem Banner des Hutentzuges. Brautend hatte der Ruf von den Toren, als der nationalsozialistische Prinz und der nationalsozialistische Arbeiter zur Rednertribüne schritten. Ob der Wagen kurzte vor Junger oder die Seele weinend mochte vor Rot und Glend zu Hause, so suchten die St.-Männer darüber und tauchten ihre Blicke in die Augen des Prinzen und Schloßers. Augenblicke des befelegenden Glückseligs waren es, als sie Seit an Seit standen im Brausend unserer Kämpfer, Hohenkolopernprinz und Arbeiter.“

O wie wunderbar! Schon! Und als sie dann zum Braunen Hause zogen, Prinz Amel und der Arbeiter, da ging der eine in die Fernrenabellierung ihrer Kräfte und der andere in die Schwemme, in die dritte Klasse. Profii!

Ein Narr am Grabe. Wie alljährlich wurde der Geburtstag Schalepeares auf diesmal in seiner Heimstadt Strafords-on-Avon feierlich begangen. Mitglieder des großen Dramatikers aus aller Herren Länder hatten am Vormittag das Grab Schalepeares in der Stadtkirche mit Blumen begußet, und in der Mittagsstunde waren sie zu einem Mahltime versammelt. In dieser Zeit, als sich nur ein oder zwei Personen in der Kirche aufhielten, näherte sich plötzlich ein Unbekannter mit etlichen Schritten dem Grabe, warf mit heftigem Schwung ein Stück weißen Pappdeckels darauf, rief aus Leibesträßen mehrere Mal „Schwinder“ und verschwand dann wieder ebeno ellig, wie er gekommen war. Die wenigen Zeugen des Vorfalles waren demnach verblüht, daß sie es leider nicht verstehen, dem Manne nachzufragen und ihn festzuhalten. So gelang es ihm, spurlos zu entkommen. Auf den Pappdeckel, das der Unbekannte auf Schalepeares Grab geworfen hatte, stand, wie sich später herausstellte, eine Schwärmung des Dichters, der sich den Rufm Bacons wiederrechtlich angeeignet habe. Es handelt sich also offenbar um einen feiner Sinne nicht ganz mächtigen Anhänger der sog. Bacon-Theorie. Diese Theorie behauptet bestimmt, daß die sog. Schalepeares benannten Dramen nicht von ihm, sondern von Francis Bacon, dem großen englischen Philosophen und Staatsmann, geschrieben seien. Um diese Theorie ist es neuerdings recht still geworden, da sie ernsthafter Fortegung gegenüber nicht standhält. Sie bebar — wie jo manche andere lausf Sagen — anfänglich der Mife von Varen, um ins Gedächtnis der Menschheit zurückzuführen zu werden.

ALLE WOCHEN IMMER GLEICH GUT KOCHEN

**Lanella** MARGARINE

1/2 <sup>tb</sup> **35**

DIE FEINE PREISWERT WIE KEINE









### Zum großen Vorkampf.

Das neue Stadion in Cleveland (Ohio). Oben rechts: Young Stribling, unten links: Max Schmeling. Das neue Stadion in Cleveland ist jetzt endgültig zum Schauplatz des Vorkampfes aller Nationen, der im Juli zwischen Young Stribling und Max Schmeling ausgetragen wird, bestimmt worden.

### Arbeiter-Sport.

U.-S.-D. Arbeiterfreunde Halberstadt. Alle Mitglieder, die sich an der Reichsarbeiterparade beteiligen wollen, haben heute abend auf dem Anger zu erscheinen. ... Aus dem anderen Lager. 2. Komp. Winter-Batt. 4 (Magdeburg) 1. neuen F.-G. Germania 00 1. zu dem am Freitag abend stattfindenden Gesellschafts-Spiel mit dem Sportballmeister der 4. Inf.-Division, wird Germania die beste Zeit aus sich stellen wie beim letzten Spiel gegen Dahn 70.

### Wirtschaft und Handel Marktberichte.

Berliner Getreidebörse vom 6. Mai. Table with columns for dates (5. Mai, 6. Mai) and various grain types (Weizen, Roggen, Braugerste, Futter- und Industriegetreide, Gerste, Weizenmehl, Roggenmehl, Weizenmehl, Roggenmehl) with corresponding price ranges.

### Genossenschaftliches Jahrestag der Konsumvereine.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine e. B. lädt zu seinem diesjährigen Generalfesttag am 8., 9. und 10. Juni in der Stadthalle in Magdeburg ein. ... Der Zentralverband deutscher Konsumvereine e. B. lädt zu seinem diesjährigen Generalfesttag am 8., 9. und 10. Juni in der Stadthalle in Magdeburg ein. ... Der Zentralverband deutscher Konsumvereine e. B. lädt zu seinem diesjährigen Generalfesttag am 8., 9. und 10. Juni in der Stadthalle in Magdeburg ein.

und Finanzgerichte und Vorträge über die Bedeutung und die Förderung der zentralen genossenschaftlichen Eigenproduktion und über das langfristige wirtschaftliche Fortschrittsbewusstsein. Am Anstoß auf den Genossenschaftstag findet ebenfalls in der Stadthalle in Magdeburg am 11. Juni die Generalversammlung der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. B. H. statt. Auf der Tagesordnung stehen innere geschäftliche Angelegenheiten.

### Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Am alle Ortsgruppen des Reiches Halberstadt-Berlinerode. Nachdem! Es ist dringend notwendig, daß den Genossen der Reichsbanner bekannt wird, wie stark unsere Organisation ist. Am notwendigsten ist dies auf dem hiesigen Lande, wo die Freunde des Reiches alles aufbieten, um derselben im Nichtsein zu bringen. Keine Versammlung ist gemein genug, um sie den Führern der republikanischen Parteien auszuweichen. Aus diesem Grunde soll am 31. Mai unter diesjähriges Kreistreffen in Schauen stattfinden. In den Kameraden der einzelnen Ortsgruppen liegt es nun, dieses Treffen in einer freundlichen Kundgebung für die Reichsbanner auszuhalten. Daher ist es Pflicht eines jeden Kameraden, sich möglichst an der Kreisversammlung in Schauen zu beteiligen. Schauen ist als eine der ruhigen und auch der aufregendsten Ortstruppen bekannt. Die dortigen Kameraden werden alles aufbieten, damit ihre Gäste im kameradschaftlichen Kreise ein paar gemütliche Stunden verleben können. Da dort ein großes, feinfühliges Ziel zur Verfügung steht, wird die Veranstaltung von den Mitgliedern des Reiches mit besonderem Interesse verfolgt. Auf nach Schauen! Programme und Einladungen sehen den einzelnen Ortsgruppen vom lebenden Verein aus. Der Kreisleiter, D. Dittus.

Halberstadt. Am Donnerstag, den 7. Mai, 20 Uhr, findet bei S. Bollmann eine wichtige Vorstandssitzung statt. Alle betroffenen Kameraden werden ersucht, pünktlich zu erscheinen, da die Tagesordnung sehr reichhaltig ist. Halberstadt. Jungbanner. Das nächste Jungbanner tritt am Freitag um 19.45 Uhr beim Kamm. Otto Bollmann an. Halberstadt. Schulfeierlichkeiten. Heute abend 20 Uhr im Heim, außerordentliche Spielveranstaltung.

### Geschäftliches

Alle Adressen. Es macht der heutzutage Danksagen alle Ehre, daß sie das wirklich Gute und Preiswerte mit unerschütterlicher Sicherheit erkennen, denn das ist gar nicht so leicht. Von allen Seiten drängen die Anklagen und Brande auf die ein. Preisentzug, unerbittliche Konkurrenz, noch nie dagewesene niedrigere Preise. Das die moderne Frau sich aber kein Z für ein Z normaden läßt und neben Preisveränderung auch auf Qualität achtet, hat der ansehnliche Erfolg der neuen Maxovarine Saniella bestätigt. Jeder Hausfrau ist ihnen für diese Saniella wohlzutun zu danken, da sie nicht nur reichhaltig im Preise ist, sondern selbst die schärfste des verdorbenen Geschmacks erfüllt.

Du, daß er sich mit allem einverstanden erklären und uns widerspruchslos ziehen lassen wird? Ich habe lange über diese Frage nachgedacht. ... Nein, das wird er gewiß nicht tun. Wenn er weiß, daß es ernst ist mit uns, wird er Schwierigkeiten machen. Warten wir das alles aber ruhig ab. Heute, morgen und übermorgen ist er noch nicht da. Meinerseits, wenn er gar nicht will, so fahren wir ohne seine Zustimmung.

Trennung. Am nächsten Tage trafen sich Clara und Hotters in einem Kaffee. Hotters war früher da als Clara. Der Arzt hatte ihm heute morgen die Mitteilung gemacht, daß er sich als völlig geheilt betrachten könne. Er konnte jetzt jeden Tag das Krankenhaus verlassen.

Hotters hatte sich kaum gesetzt, da kam auch Clara. Er ging ihr entgegen und gestellte sie an den Tisch. ... Du freiest so bedrückt aus, Karl. Ihre Augen richteten sich fragend auf ihn. ... Ja — aber sag Dir erst. Dabei half er ihr aus dem Mantel.

Ich muß auf einige Tage fort, Liebste — nach Hause. Clara war aus außerste überfallen. Ich etwas vorgefallen? Ich weiß es selbst nicht. Mein Vater hat geschrieben, daß ich nach Hause kommen soll. Den Brief trage ich schon ein paar Tage mit mir herum. ... Was mich nun aber aus unserer Reise? Ich bleibe nur wenige Tage und komme so bald als möglich zurück.

Clara überlegte. ... Am liebsten möchte ich mitfahren. Ich verlaufe ja hier nichts. Sie verwarf aber diesen Gedanken wieder und fügte hinzu: Das geht wohl doch nicht. Sie blieben noch lange, unterhielten sich über ihre große Reise und freuten sich auf die kommenden Tage.

Als sie an diesem Abend voneinandergingen, ahnte keiner, daß ihnen eine lange Trennung, mit viel Schmerz und Schmerz in den nächsten Monaten und Jahren bevorstehen sollte. (Fortsetzung folgt.)

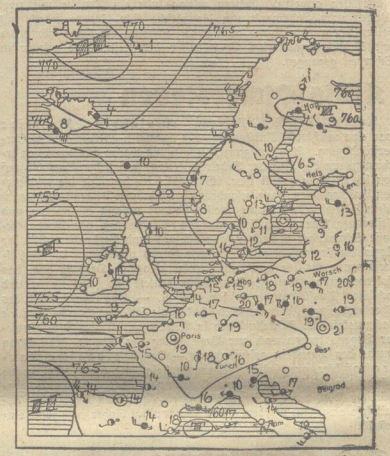
### Sozialdemokr. Partei Deutschlands Ortsgruppe Halberstadt

Parteiortsgemeinschaft Halberstadt, Domplatz 48, Tel. 2691

### Jugendbewegung

Sozialistische Arbeiter-Jugend (S. A. J.) Unterbiererei Halberstadt-Berlinerode. Am kommenden Sonntag findet in Stierwerder pünktlich 10 Uhr unsere Unterbierereisitzung statt. Tagesanstalt ist der „Kaisergarten“. ... Arbeitsgemeinschaft „Sons“ der Kinderfreunde. Am Donnerstag, den 7. Mai, 20 Uhr, findet in S. A. J. ein in Jugendheim, Gesellschaftsabend eine Gruppenvorstandsitzung statt. ... Freie Gemeindefestlichkeiten. Jungbundsbruder Halberstadt. Freitag, den 8. Mai, 20 Uhr, im Marie-Dampfmännchen abend wichtige Zusammenkunft. ...

### Amthliche Wetternachrichten

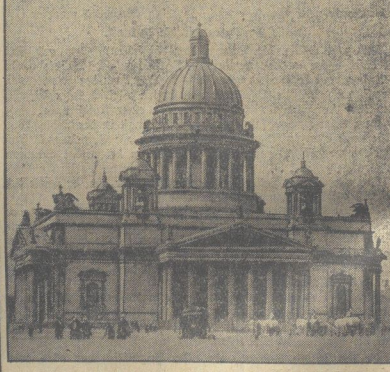


ERKLÄRUNG: ...

Voraussetzungen: ...

Am Mittwoch krönte inhaftig schönste Sturmwind von Südosten nach Westen, wobei es am Nachmittag zu heftigen Gewittern überzog. In der Umgebung von Dresden und im Erzgebirge hellten sich Gewitter ein. Die Temperatur stieg im Bereiche der Hauptniederschläge bis auf 23 Grad, also so hoch wie am Sonntag. Der Aufwind fällt weiter über Mitteldeutschland unter Westwind auf aus Entfremdungsbereich verdrängter Luftmassen, die bei ihrem Zusammenstoßen Anlass zu Gewittern abgeben werden. Die Temperatur dürfte dabei etwas zurückfallen. Ausblick: Sonnige, teilweise kühlere Bewölkung mit Regen- und Gewittern. Vertikale Gewitter, Temperatur anfangs unverändert, dann sinkend. Am Samstag sehr mild.

### Die Kirche als Museum.



Die Isaac-Kathedrale in Petersburg.

eine der schönsten Kirchen Rußlands, deren Bau einst mehr als 23 Millionen Rubel kostete, ist in Leningrad als Museum eingerichtet worden. Das Innere der Kirche ist in verschiedene Räume eingeteilt worden, in denen der sozialistische Aufbau Sowjetlands dargestellt ist. In der Kuppel, die 100 Meter hoch ist, hat man eine ungeheure Darstellung der Erde, die sich um ihre Achse dreht, errichtet.

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode  
 Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

**Bezugspreis halbjährlich 1 Mark** einschließlich Vingoehlohn, bei Selbstabholung 50 Pfennig. Einzelhefte 5 Pfennig, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegen- genommen. Redaktion: Halberstadt, Domplatz 43. Fernruf 2514. Verlag: Galsterbinder Gebrüder, Paul Weber, G. m. b. H., Rennbahnstr. für Postamt u. Vertriebsstelle Wittenbergstr. für den Lokalen Teil Wilhelm-Kindergarten, für Helms u. Infanterie Karl Zreff, sämtl. in Halberstadt.

**Ausgabenpreis** die achteggeltene Kolonialzeitung oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 16 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Weltanomalie 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Wochenausgabe ist bei Zahlung vorliegende letzte Karte. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Statistik in der Geschäftsstelle Galsterbinder, Domplatz 43 (Fernruf Nr. 2513), Postfach 200, Waggberg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Duingstraße 90.

Nr. 105

Donnerstag, den 7. Mai 1931

6. Jahrgang

## Kein Reichstag.

Der kommunistische Antrag auf sofortige Einberufung abgelehnt.

Der Vorkommst des Reichstags beschloß am Mittwoch, dem kommunistischen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstags nicht stattzugeben.

Die Vertreter der deutschnationalen und der nationalsozialistischen Fraktion waren nicht erschienen. Die Kommunisten begründeten ihren Antrag mit der Brotpreiserhöhung und den Gerüchten über bevorstehende soziale Abmaßnahmen. Staatssekretär Pinder bot, von einer Reichstagsberufung Abstand zu nehmen. Er bot, sowie insbesondere, daß bisher Beschlüsse des Kabinetts über den Abbau von sozialen Maßnahmen und die Kürzung der Beamtengehälter nicht vorliegen.

von den Vertretern der Sozialdemokratischen Fraktion

wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Einberufung des Reichstags im gegenwärtigen Augenblick unzumutbar sei. In der Folgezeit des Reichstags nicht stattzugeben. Er könne also nur reiben und nicht handeln. Die sozialdemokratische Fraktion ließe ihren ganzen Einsatz auf, um in direkten Verhandlungen mit der Reichsregierung die Interessen der arbeitenden Schichten zu wahren und dafür zu sorgen, daß die Finanzierungsfrage ohne einen Abbau der Sozialleistungen stattfinde. Daß die Brotpreiserhöhung eingeleitet sei, müsse als ein schwerer Fehler der Politik der Reichsregierung bezeichnet werden. Die Reichsregierung habe die gesetzliche Verpflichtung, eine Erleichterung der Brotpreise vorzubereiten, und die Hilfsmittelung beim Meizen durchzuführen. Die Sozialdemokratie verlange, daß die Reichsregierung diese beiden gesetzlichen Verpflichtungen erfüllen. Eine Einberufung des Reichstags im gegenwärtigen Augenblick verpöche über keinen Nutzen. Es komme darauf an, daß der Brotpreis sofort gelindert werde und nicht erst in acht oder vierzehn Tagen nach Zusammentritt des Reichstags. Man könne zwar Zweifel haben, ob die jetzt von der Regierung eingeleiteten Maßnahmen den Brotpreis liberaler wieder zum Sinken bringe. Obgleich das in kurzer Zeit nicht und läßre die Befugnisse der Reichsregierung nicht durch, so bestreite sie die Sozialdemokratie.

tratte eine neue und andere Stellungnahme zur Einberufung des Reichstags vor. Auch die Redner der übrigen Parteien erklärten übereinstimmend, daß die Politik der Reichsregierung einen Stoß erhalte, wenn es ihr nicht gelang, die Sentung der Brotpreise zu erzwingen. Sie sprachen sich jedoch gegen die Einberufung des Reichstags im jetzigen Augenblick aus, für die sich insolge dessen auch keine Mehrheit ergab.

Der Beschluß des Kabinettsratrals bedeutet in keiner Weise, daß die Reichsregierung für ihre finstliche Politik freie Hand erhält. Insbesondere darf die Haltung der Sozialdemokratie nicht in dieser Weise gedeutet werden. Die Sozialdemokratie verstand von dem Reichstagsbeschlusse nicht sicher ist, ob die bisher eingeleiteten Maßnahmen der Reichsregierung dieses Ziel erreichen werden, so wird man doch annehmen können, daß durch je schneller etwas erreicht wird, als wenn man bis zum Zusammentritt des Reichstags warten würde, der doch frühestens in 10—14 Tagen erfolgen könnte. Haben die Maßnahmen der Regierung nicht den von ihr erwarteten Erfolg, dann ist immer noch die Möglichkeit des Zusammentritts des Reichstags gegeben, durch den dann einschneidende Handlungen zu erfolgen hätten.

Auch für die Finanzsanierung ist der Reichsregierung keine Vollmacht erteilt. Die Sozialdemokratie sieht in dem vorliegenden Verhandlung mit allen zutunlichen Stellen, um ihren Einfluß auf die künftigen von der Regierung zu treffenden Maßnahmen geltend zu machen. Von einer solchen direkten Beeinflussung der Reichsregierung ist im Augenblick ein größerer Erfolg zu erwarten als von der Einberufung des Reichstags, in der nach einer eventuellen Rückkehr der Deutschennationalen und der Nationalsozialisten eine große Mehrheit für alle reaktionären Anschläge auf die Arbeiterklasse vorhanden ist.

Die Sozialdemokratie kennt ihre Pflicht gegenüber den arbeitenden Schichten. Sie wird sie in jeder Weise erfüllen, aber nicht die Wege und die Art und Weise dazu mehr von den Kommunisten noch von den bürgerlichen Parteien vorschreiben lassen.

## Das ist alles?

Die Brauns-Kommission

hat am Mittwoch ihr zweites Teilkonferenz zur Arbeitslosenfrage der Presse übergeben. Eine größere Enttäuschung als dieses Gutachten ist nicht gut denkbar. Auch die Trostmorte, die Dr. Brauns bei der Erläuterung des neuen Gutachtens sprach, ändern nichts an der niederschmetternden Tatsache, daß mit der Einlegung der Gutachterkommission große Hoffnungen erfüllt werden, die nimmende von einer neuen Enttäuschung abgeklärt werden. Die Gewerkschaften hatten rechtzeitig gewarnt. Sie haben leider nicht gehandelt.

Was bringt das neue Gutachten? Die Antwort ist mit zwei Sätzen gegeben: Empfehlung von Arbeitsbeschaffung und Ausbau der Notstandsarbeiten. Die Arbeitsbeschaffung soll durch Heranziehung von Auslandskapital finanziert werden — vorausgesetzt, daß es zu erträglichem Zinsfuß zu erhalten ist. Meinliche Wege seien auch in früheren Jahren vor der Durchführung der Krise beschritten worden. Der grundlegende Unterschied zu Gunsten der gegenwärtigen Lage beruht auf folgenden Gesichtspunkten: Einmal würden die aus den Anzeichen sich abzeichnenden Schwierigkeiten nicht wie früher fort der Beschaffung einer zeitweiligen Einspar, sondern bei Fortdauer der zur Zeit günstigen Zahlungslage in erheblichem Maß zur Abdeckung kurzfristiger Auslandskonten dienen können, deren gegenwärtige Höhe läßend auf die deutsche Wirtschaft, insbesondere auf die deutsche Exportwirtschaft, wirkte. Das hindert natürlich nicht, daß bei in der letzten Zeit Konjunktur auch der internationale Warenaustausch eine entsprechende Steigerung erfahre. Ferner sollte heute geringfügig die Beschaffung einzellicher Waren der überschüssigen Produktionskosten und der Zeitland der Devisen, der einer Bekämpfung der Wirtschaft bessere Aussichten biete, als sie in den vorhergehenden Jahren bestanden hätten. Die organisatorische Voraussetzung dieser Finanzierung liege in ihren Einzelheiten auszuarbeitenden Plänen für die Durchführung von Arbeiten, die wirtschaftlich werthaltend seien und beim Kreditgeber das nötige Vertrauen erwecken. Weitere Voraussetzungen für die Finanzierung und Durchführung einer umfangreichen Arbeitsbeschaffung seien: geordnete öffentliche Finanzen, Sparmaßstäbe in der öffentlichen und privaten Wirtschaft und in der Bekämpfung unterer innerpolitischer Beziehungen.

Als förderungswürdige Arbeitsgebiete werden von dem Gutachten genannt: Energiewirtschaft, Verkehrswesen, landwirtschaftliche Meliorationen, landwirtschaftliche Siedlung und in beschränktem Umfang Wohnungswirtschaft. Die Elektrizitätswirtschaft biete z. B. durchaus Raum für weitere wirtschaftlich zweckmäßige Investitionen, eben so auch in dem Gebiete der Balmwirtschaft große Entwicklungsmöglichkeiten vorhanden, da hier die Anlagen zum Teil veraltet seien, bei der Erhaltung bieten sich innerhalb des bestehenden Rahmehmes auch neben der Elektrifizierung zahlreiche andere Möglichkeiten wirtschaftlich wertvoller Arbeitsbeschaffung. Bei der Reichsarbeit gebe es eine Reihe von wirtschaftlich wertvollen Arbeiten zum Ausbau der Verkehrsleistungen, förderungswürdig sei vor allem die Verbesserung des alten Straßenwesens usw.

Die Kommission hat die Frage geprüft, wie die Mittel zur Förderung von Notstandsarbeiten verläßt werden können. Die Kommission schlägt den Plan der Aufnahme einer Arbeitslosenkommission, der mit nur mäßigem Einsatz der Reichsbürgerschaft über die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG. vermittelt werden soll. Wenn der Plan bis heute nicht hätte ausgeführt werden können, so sei dies auf die bedauerliche Störung des deutschen Auslandskredits infolge innerpolitischer Entwicklung in Deutschland zurückzuführen. Unter den gegebenen Verhältnissen sei es als ein Erfolg anzuerkennen, daß die Gesellschaft seit ihrer Gründung ein großzügiges Programm für Notstandsarbeiten in Höhe von 70 Millionen Mark in Gang gebracht habe. Danach seien und 38 Millionen bereits für bestimmte Projekte, in der Hauptsache verbundene Anlagen, bewilligt. Am ganzen ist dadurch einschließlich der Darlehen der Länder und der Zuschüsse der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sowie der eigenen Zuwendungen der Träger ein Kapital von mehr als 250 Millionen für die werthaltende Arbeitsförfürge innerhalb von 3 Monaten in Fluß gebracht worden.

Den Schluß des Gutachtens bildet eine Empfehlung der freiwilligen Arbeitsdiensten, die sich in zwei Formen verwirklichen läße: einmal Arbeitsbeschaffung am Unterhaltungs- oder in besten Fällen unter Fortsetzung der Unterhaltung und zweitens Aufnahme von zusätzlichen Außenarbeiten auf dem Land durch junge Arbeitslose unter Ausbildung zum bisherigen Arbeitsort, wobei sich gesinnungsgemäß verbundene kleine Gruppen zu Arbeitsgemeinschaften zusammenschließen könnten. Eine Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes aus öffentlichen Mitteln ist dann ausgeschlossen, wenn die Gefahr besteht, daß die Zusammenfassung solcher Arbeitsgruppen für politische oder gar nationalpolitische Propaganda mißbraucht werde. Eine Fortsetzung der Arbeitslosenversicherung für die zweite Form des Arbeitsdienstes könne wahrscheinlich nicht in Betracht kommen. Wohl aber werde geprüft werden müssen, ob die Verpflichtung des gemeinnützigen Trägers für Unterhalt usw. zu sorgen, nicht durch Zuschüsse aus erteilten Erparnissen der Reichsanstalt, der Kreisförfürge und der öffentlichen Förfürge erleichtert werden könne.

Das ist alles. Es ist wenig genug. Nachdem also der Bericht der Regierung, im Grunde mit den Arbeitgebern die Wirtschaft von innen heraus — wie das schone Schicksal lautet — d. h. durch Lohn- und Preisdruck zu lenken, flach gemacht hat, kommt man wieder zur Arbeitsbeschaffung zurück. Als die Ge-

## Beamtendebatte im Landtag

Berlin, 6. Mai. (Sig. Ber.)

Der Saie nimmt vielleicht an, wenn im Preussischen Landtag der Etat des Finanzministeriums auf der Tagesordnung steht, müße es eine große Debatte über die Lage der Staatskasse geben. Das ist ein Irrtum: diese Aussprache findet beim Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung statt; der Etat des Finanzministeriums ist nur die Grundlage für eine große Beamtendebatte.

Und der Saie glaubt vielleicht, wenn draußen im Lande ein Wolkensystem auf Auflösung des Preussischen Landtages hinführt, müße die politische Bewegung im Parlament beide Abzweigungen und lebensgefährliche Kämpfe herbeiführen. Auch das ist ein Irrtum. Wie ist es im Preussischen Landtag freiberuhtiger zugegangen als gegenwärtig. Der Opposition gegen das Kabinett Braun ist jegliches Angriffsmaterial abhandelt gekommen und alle Angriffsverluste verloren gegangen. Die Etatsberatung voll überfliegend schnell ihrem Ende entgegen. Wie hat man z. B. beim Etat des Preussischen Ministerpräsidenten wie in diesem Jahr in der geplanten Aussprache kaum einen einzigen Vorwurf gegen den Ministerpräsidenten gehört; ein paar nutzlos zu sammeneinander geschickte Dinge aus dem Bereich der inneren Verwaltung, des Kultusministeriums und der Schule mußten dazu herhalten, eine Debatte zu bestritten, die trägt dahinfließ, wie ein Bach im Hochsommer.

Nicht anders war es am Mittwoch bei der Beratung des Etats des Finanzministeriums und einer Beamtendebatte. Der Deutschnationale Marsch, der Wirtschaftsparteiler Schellendorf und der Landvolksmann und Stahlhelmer Keller beizien über allen Sprücheln ab, der Beamtenapparat sei inflationistisch aufgebläht, die Beamten leisteten keine produktive Arbeit, das Verständnis drohe des Berufsbeamten und die Beamtenarbeit könne sich deshalb nicht dem Reifer zurück. Die Redner der Regierungsparteien verteidigten Beamtenarbeit und Beamtenarbeit gegen die leichtfertige Beamtenheße. Das Sonderbare an dieser Auseinandersetzung ist, daß dieselben Parteien der Rechten, die einen großen Teil ihrer Wählerfolge der sehr populären Beamtenheße verdanken, sich zugleich als die großen Beamtenfreunde aufspielten und zahlreiche Beamtenentnahmen einfingen. — Auch einer der zahlreichen Bemerkungen dafür, daß die politische Erziehung des deutschen Volkes noch längst nicht durchgängig gelangt ist.

Der einzige, der in dieser Debatte etwas Neues zu sagen wußte, war der sozialdemokratische Abgeordnete Simon-Naujas.

Er führte als das Geschick der Gegner von der „Fünftelkriege“ aus, daß diejenigen Volksschichten, die sich zur stärksten deutschen Partei, der Sozialdemokratie bekennen, bei weitem noch nicht im entsprechenden Maße an der Verwaltung des Staates beteiligt seien. Vor dem Kriege seien von 423 Landräten 238 alte, alle aber konservativ gewesen, während jetzt von 400 Landräten nur 65 Sozialdemokraten seien. Auch in den Ministerien, z. B. in der bedeutenden

Gruppe der oberen Beamten, betrauten sich nur wenige zur SPD.

Die eigentlichen Befehrer der Ministerien sind die Referenten, die Ministerialräte, Oberregierungsärzte und Regierungsräte. Aber diese Gruppe vertritt auf dem Reichstag keine politische Partei.



Trägern die Jugendangelegenheiten erhalten, daß die Stahthalmer mit den Befehlgebungen und Tätigkeiten begonnen hatten, beantragte der Staatsanwalt gegen die Reichsbanneurteile Gefängnisstrafen von neun bis drei Monaten, jedoch gegen den Stahlhelmer wegen einfacher Körperverletzung drei Tage Gefängnis.

Das Urteil hat unter den Republikanern der Provinz Schleswig-Holstein große Entrüstung hervorgerufen.

